



Mathematiklehrer Kurz: Bis zu 100 Nachrichten am Tag

In der Schulwolke

Bildung Digitale Plattformen sollen Kindern und Pädagogen beim Lernen helfen. Was im Alltag praktisch erscheint, halten Datenschützer für gefährlich.

Wie war das noch mal mit der p-q-Formel? In wenigen Tagen wird die 10d der Frankfurter Georg-Büchner-Schule eine Mathearbeit schreiben. Dann muss die p-q-Formel sitzen. Während die Schüler die Übungsaufgaben diskutieren, vibriert es am Handgelenk von Lehrer Martin Kurz. Auf seiner Smartwatch blinkt eine Nachricht auf. Es ist einer seiner Schüler, er verspätete sich, schreibt er über WhatsApp. Kurz nickt unmerklich, dann widmet er sich wieder seiner Klasse.

Lernen soll digitaler werden, das fordern Politiker und Bildungsforscher seit Jahren. Nur ist die Digitalisierung in vielen Schulen noch nicht angekommen. Die Kultusminister der Länder haben im Herbst ein Konzept vorgelegt, wie Computer und Internet im Unterricht verwendet werden sollen. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka kündigte an, Schulen in den kommenden fünf Jahren für rund fünf Milliarden Euro mit WLAN, Breitbandanschlüssen und Geräten ausstatten zu wollen.

Wer darauf nicht warten möchte, behilft sich derzeit mit Programmen, die Lehrer wie Schüler privat nutzen: soziale Netzwerke wie Facebook und WhatsApp. Mathelehrer Kurz hat für jede seiner vier Klassen eine WhatsApp-Gruppe eingerichtet. Nach Schulschluss verwandeln sie sich in virtuelle Klassenzimmer. Die Jugendlichen teilen Tafelbilder und Notizen. Wenn sie nicht weiterwissen, fragen sie nach Hilfe. Oft beantworten Mitschüler die Frage, manchmal hilft auch Kurz persönlich. Wer zu spät kommt, schreibt eine Nachricht. „Das ist besser, als wenn der Schüler in den Unterricht platzt und sich wortreich erklärt“, sagt Kurz. An manchen Tagen versenden Schüler und Lehrer 100 Nachrichten – pro Gruppe.

Szenarien wie diese machen Datenschützer unruhig. Viele Schulen raten von der Nutzung sozialer Netzwerke für den Unterricht ab. „Teilweise nimmt die Kommunikation Ausmaße an, die im normalen Alltag nicht mehr zu bewältigen sind, wenn in Klassenchats Hunderte Nachricht-

ten rund um die Uhr verschickt werden“, formulierte die Geschäftsführung der privaten Hamburger Brecht-Schule in einem Rundschreiben an die Eltern.

Zudem dürften viele Schüler WhatsApp offiziell gar nicht verwenden – die Nutzer müssen mindestens 13 Jahre alt sein. Martin Kurz weiß, dass er mit seinen digitalen Experimenten mehr wagt als andere Pädagogen. Deshalb hält er sich penibel an die „Handreichung für Lehrkräfte zum Umgang mit Sozialen Netzwerken“ des hessischen Kultusministeriums. Noten oder persönliche Informationen versendet er nicht per Smartphone. Privat legt er Wert auf Datenschutz, seine USB-Sticks mit den Zensuren verschlüsselt er. Als er seinen Schülern anstelle von WhatsApp den sichereren Messenger Telegram vorschlug, lehnten die aber ab. Zu umständlich.

Dabei gibt es längst sichere, staatliche Alternativen: digitale Schulplattformen – landesweite virtuelle Räume, in denen Schüler und Lehrer miteinander kommunizieren können, wo sie Hausaufgaben,

Arbeitsblätter und Lernvideos hinterlegen und abrufen können. In einem separaten Verwaltungsbereich führen Lehrer Klassenlisten, tragen Noten ein oder legen Vertretungspläne an. Die Daten lagern in einer Cloud, die von jedem Rechner aus zugänglich ist – also auch von zu Hause.

Als erstes Bundesland führte Bremen 2014 die Plattform „itslearning“ ein, die nach Angaben der Bildungsbehörde intensiv genutzt werde. „So können sich Lehrkräfte und Schüler in einer geschützten Umgebung austauschen – eine Voraussetzung für das Lernen in der digitalen Welt“, sagt Schulsenatorin Claudia Bogedan (SPD).

Nun hat der Stadtstaat Bremen es vergleichsweise leicht: eine kleine Fläche, eine überschaubare Anzahl von Schulen, das Gebiet fast flächendeckend mit Breitbandinternet ausgestattet.

Im Flächenland Nordrhein-Westfalen ist die Einführung einer solchen Plattform ein Mammutprojekt. Knapp 200 000 Lehrer und 2,5 Millionen Schüler müssen lernen, mit der Software umzugehen. Jetzt hat der Landtag in Düsseldorf zugestimmt: „Logineo NRW“ wird kommen, an einigen Schulen wohl schon nach den Sommerferien.

Lehrer wie Schüler sollen sich über ihre privaten Smartphones und Computer einloggen können. Klingt nach Fortschritt. Doch längst nicht alle sind glücklich darüber: Datenschützer wie der Informatiklehrer Klaus Keßler aus Detmold haben bis zuletzt dagegen gekämpft, dass sensible Schülerdaten in der Logineo-Cloud gespeichert werden dürfen. Denn um die Plattform einführen zu können, hat die Landesregierung zwei Datenschutzrichtlinien geändert. Nun sollen Schüler- und Lehrerdaten auch von schulfremden Geräten aus zugänglich sein. Keßler und seine Mitstreiter kritisieren zudem, dass Elternverbände vor der Entscheidung nicht gefragt worden seien. „Dabei geht es doch um die Daten von Minderjährigen“, sagt Keßler.

Zweifel äußert auch der Jurist der Landesdatenschutzbeauftragten: In einer internen Stellungnahme schreibt er, gegen den Einsatz privater Geräte zu dienstlichen Zwecken gebe es „aus heutiger Sicht durchgreifende datenschutzrechtliche Bedenken. Dies gilt auch für den Einsatz neuer ADV-Anlagen wie Smartphones und Tablets. Nach hiesiger Kenntnis existiert bislang keine fundierte Risikoanalyse solcher Geräte“. Der Landtag erlaubte Logineo trotzdem.

Was Datenschützer Keßler besonders ärgert: „Lernmaterialien und sensible Schülerdaten auf einer Plattform wie Logineo zu verwalten ist Unsinn“, so sein Argument. „Diese beiden Komponenten verlangen völlig unterschiedliche Sicherheitsstandards.“ In anderen Bundesländern trenne man diese Bereiche, um Missbrauch zu vermeiden.



Zehntklässlerin Ružica
Lernchat nach Schulschluss

Gelangen in Zukunft sensible Schülerdaten wie Noten oder Beschreibungen des Arbeits- und Sozialverhaltens von einem der Lehrer-Smartphones in falsche Hände, kann der Schulleiter zur Verantwortung gezogen werden. Denn dieser muss vorab sicherstellen, dass jedes Gerät den Datenschutzrichtlinien des Landes genügt. „Das ist kaum zu leisten“, sagt Andreas Stommel, Mitglied des Landesvorstands des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) in Nordrhein-Westfalen. „Ein Schulleiter kann kein IT-Fachmann sein.“ Die Rektoren müssten detailliert geschult werden, um die Genehmigung rechtssicher erteilen zu können. Das koste viel Zeit – „Zeit, die ein Schulleiter nicht hat“.

Grundsätzlich halte er Logineo aber für sinnvoll. „Es kann nicht sein, dass Lehrer heute noch Notenlisten privat per E-Mail verschicken“, sagt Stommel. Er schlägt vor, mobile Schulcomputer anzuschaffen, die den Sicherheitsstandards entsprechen. Das spart Zeit, ist aber teuer. Wie sollen die Kommunen Laptops finanzieren, wenn es gleichzeitig in die Turnhalle regnet?

Die Geldnot der Schulträger und der schleppende digitale Fortschritt bieten ein Einfallstor für Softwarekonzerne, die mit kostenlosen Geräten und Programmen um die Gunst der Schulleiter werben. Samsung hat in der Schweiz ganze Klassen mit Tablet-PCs ausgestattet. Im Gegenzug ver-

pflichteten sich Schulen, über die Erfahrungen mit dem Computer zu berichten. Apple bildet Lehrkräfte zu sogenannten Apple Distinguished Educators aus, „die den Lehr- und Lernprozess mit Apple-Technologien revolutionieren“, wie das Unternehmen formuliert. Microsoft bietet Programmierkurse für Schulen an und lädt Jugendliche in die Konzernzentrale ein. Die Idee: Die Schüler sollen sich an die Technik gewöhnen und sie später kaufen.

Der Charme von Plattformen wie Logineo liege gerade darin, dass jeder das eigene Gerät verwenden könne, sagt Saskia Esken, Softwareentwicklerin und Expertin für digitale Bildung in der SPD-Bundestagsfraktion. Dass dieses Prinzip, „Bring your own device“ genannt, soziale Ungleichheit verschärfe, wie die Lehrerergenschaft GEW kritisiert, hält Esken für bewältigbar. „Ganz überwiegend sind Kinder aus einkommensschwachen Familien technisch nicht schlechter ausgestattet. Wo das dennoch der Fall ist, muss der Staat Nachteile ausgleichen.“ Mittelfristig, glaubt die Abgeordnete, komme kein Bundesland um eine Lernplattform herum. „Das ist ein sinnvoller und sicherer Weg, den Schulalltag digital zu organisieren.“

Mathelehrer Martin Kurz würde gern eine solche Onlineplattform nutzen. „Das wäre ideal“, sagt der 51-Jährige. Hessen bietet zwar ein Programm an, aber seine Schüler und er finden es unpraktisch.

Vielleicht fiel Kurz mit einer offiziellen Lösung auch das Abgrenzen leichter. Die WhatsApp-Nachrichten seiner Schüler laufen derzeit auf Kurz' privatem Telefon auf. Ein Diensthandy, das er abends abschalten könnte, hat er nicht. Die Schüler sind stets nur eine Nachricht entfernt. Knapp eine halbe Stunde pro Tag kosteten Kurz seine digitalen Experimente, sagt er. Nach dem Abendessen schreibe er aber meist nicht mehr zurück.

Die Schüler schätzen seinen Einsatz: „Das Verhältnis zu ihm ist vertrauensvoller als zu anderen Lehrern“, sagt Ružica aus der 10. d. „Ich merke, dass er uns immer helfen will, auch außerhalb des Unterrichts.“

Kurz ist aufgefallen, dass es manchen Jugendlichen über das Handy leichter fällt, mit ihm zu kommunizieren. Einer seiner Schützlinge kämpft derzeit um den Hauptschulabschluss, im Unterricht benimmt er sich oft daneben. Mehrmals hat Kurz versucht, den Jungen in der Schule zu einer Entschuldigung zu drängen. Ohne Erfolg. Dann, eines Abends, kurz vor Mitternacht, kommt sie doch noch – per WhatsApp. „Hallo, Herr Kurz, es tut mir Leid wie ich mich heute im Unterricht verhalten habe. Es kommt nicht mehr vor. Ich versuche mich zu bessern.“

Steffen Lüdke, Miriam Olbrisch

Mail: olbrisch@spiegel.de, Twitter: @stluedke, @olbi